



Stadt Halle (Saale)

24.06.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses vom 16.06.2022:

**zu 4.1 Beendigung der Mitgliedschaft "Weinheimer Initiative"
Vorlage: VII/2022/03860**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Beendigung der Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in der Arbeitsgemeinschaft „Weinheimer Initiative“ zum 31.12.2022.

Uta Rylke
Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses vom 16.06.2022:

**zu 5.1 Antrag der Fraktionen Freie Demokraten (FDP), MitBürger & Die PARTEI und CDU zur Unterstützung des ASD
Vorlage: VII/2022/03998**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert gemeinsam mit den Mitarbeitenden des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) ein Konzept zur Einbindung von Studierenden in die Tätigkeit des ASD mittels Werkstudentenverträgen zu entwickeln.

Als Grundqualifikation der Studierenden sind Studiengänge sozialer oder pädagogischer Fachrichtungen denkbar, welche mit einer weiteren fachlichen Einarbeitung und Schulung ergänzt werden können.

Uta Rylke
Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses vom 16.06.2022:

**zu 5.2 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER, MitBürger & Die PARTEI, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE zur Unterstützung der Forderungen des Behindertenbeirats zu mehr Barrierefreiheit auf dem Marktplatz
Vorlage: VII/2022/04081**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Verwaltung damit zu beauftragen, den Forderungskatalog des Behindertenbeirates der Stadt Halle (Saale) für „Mehr Barrierefreiheit auf dem halleschen Marktplatz“¹ auf Umsetzbarkeit, entstehende Kosten und Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen und die Voraussetzungen zur Realisierung der Einzelpunkte zu schaffen. Die Einzelpunkte sind:

- **Ein Blindenleitsystem auf dem Marktplatz.**
- **Ein Bürgerbriefkasten am Ratshof muss barrierefrei zugänglich sein.**
- **Die Straßenbahnhaltestellen auf dem Marktplatz müssen kontrastreich gestaltet werden.**
- **Der Zugang zum Stadthaus muss barrierefrei werden.**
- **Bei Veranstaltungen und Märkten müssen weniger oder zumindest überfahrbare Kabel verlegt werden.**

Uta Rylke
Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses vom 16.06.2022:

**zu 5.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung einer behindertengerechten Toilette in der Sternstraße
Vorlage: VII/2022/03913**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, welche Möglichkeiten in ~~Absprache mit den Gastronomen~~ der Sternstraße (**Kneipenmeile**) bestehen, um eine barrierefreie, behindertengerechte Toilette in der Sternstraße vorzuhalten.

Dabei sollte auch die Variante der Aufstellung einer behindertengerechten Toilette außerhalb der gastronomischen Einrichtungen geprüft werden, deren Benutzung beispielsweise durch einen Euroschlüssel geregelt werden könnte.

Zu prüfen wäre dabei ebenfalls, ob der entstehende finanzielle Aufwand auch durch die Beteiligung der Gastronomen und /oder Fördermittel gesichert werden könnte. Eine Bereitstellung von finanziellen Mitteln durch Stiftungen oder Sponsoren wäre ebenfalls zu prüfen.

Uta Rylke
Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses vom 16.06.2022:

zu 5.4 **Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER und der CDU-Fraktion zur Erstellung eines Sicherheitskonzepts für die Stadt Halle**
Vorlage: VII/2022/03916

Abstimmungsergebnis:

Nichtbehandlung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung (**insbesondere das Ordnungsamt und das Team Streetwork**) wird beauftragt, ~~gemeinsam mit dem Ordnungsamt und dem Team Streetwork~~ in enger Kooperation mit der örtlichen Polizeibehörde **und der HAVAG** ein Konzept zu erstellen, welches die Ziele hat, die Sicherheitslage in der Stadt Halle (Saale) zu verbessern, die Verunsicherung in der Bevölkerung zu reduzieren und die wachsende Ausbreitung eines Bandengeschehens im gesamten Stadtgebiet zu unterbinden.

Das zu erstellende **Sicherheitskonzept** weist die derzeitigen Kriminalitätsschwerpunkte in der Stadt Halle (Saale) **auf** aus und legt dar, mit welchen ~~Mitteln~~ **Zielen und Maßnahmen die Verwaltung** Ordnungsamt und Team Streetwork gemeinsam mit der Polizei künftig Ordnungswidrigkeiten und Straftaten im Vorfeld verhindern **für mehr Sicherheit sorgen will.**

Insbesondere folgende Aspekte sollten in die Erstellung des Konzeptes einfließen:

- **Forderungen von Bürgerinnen und Bürgern nach einer Verbesserung der Beleuchtungssituation an als unsicher empfundenen Orten (siehe Studie von städtischen Streetworkern unter Jugendlichen)**
 - **Forderungen von Bürgerinnen und Bürgern für eine zeitnahe Umsetzung des 24-Stunden-Dienstes des Ordnungsamtes für eine Verstärkung der Präsenz des städtischen Vollzugsdienstes an Problemstellen**
 - **Arbeitsfähigkeit / Einbindung des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität“**
 - **Vernetzung mit relevanten Akteuren (z.B. Anwohnerinitiativen, Open-Air-Veranstalter)**
 - **Prüfung der gemeinsamen Nutzung von Ressourcen verschiedener Akteure und Sicherheitsbehörden durch die Vernetzung von IT-Systemen bzw. die gemeinsame Nutzung von Daten, beispielgebend könnte hier die Zusammenarbeit der Halleschen Verkehrs-AG mit der Polizei sein.** ²
-



hallesaale[★]
HÄNDELSTADT

Das Konzept wird aufgrund der angespannten Sicherheitslage umgehend erstellt und der Stadtrat wird über **den Zwischenstand** dieses im Mai 2022 informiert.

Uta Rylke
Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses vom 16.06.2022:

**zu 5.4.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER und der CDU-Fraktion zur Erstellung eines Sicherheitskonzepts für die Stadt Halle (VII/2022/03916)
Vorlage: VII/2022/04122**

Abstimmungsergebnis:

Nichtbehandlung

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Die Stadt erarbeitet ein präventives Ordnungs- und Sicherheitskonzept, das das Problem zunehmender Gewaltbereitschaft in Halle in den Fokus stellt. Das Konzept folgt dem Ansatz, dass die Ursachen hierfür komplex sind und sich nicht eindimensional erklären lassen. Besonders die Gewalt unter Jugendlichen verstärkte sich in der letzten Zeit. Auch Fälle von häuslicher Gewalt nahmen zu. Seit Jahren ist Halle zudem einer der Schwerpunkte rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Sachsen-Anhalt.

Die Prävention und deren zielgerichtete Koordinierung durch aktive Netzwerkarbeit müssen einen festen Platz in der Sicherheits- und Ordnungspolitik der Stadt erhalten. Es muss darum gehen, berechnete Ordnungs- und Sicherheitsinteressen von Einwohner*innen und die Suche - meist junger Menschen - nach Freiräumen möglichst ohne Repression miteinander in Einklang zu bringen, um diesem komplexen Thema tatsächlich gerecht zu werden.

In dem Konzept sind die folgenden Punkte zu berücksichtigen:

1. Vernetzung verschiedener Strukturen durch ein aktives Wirken des Präventionsrates, die Wiederbelebung des Polizeibeirates, die Einbeziehung des Kinder- und Jugendrates sowie weiterer zivilgesellschaftlicher Akteur*innen
2. zügige Umsetzung der Maßnahmen des Beleuchtungskonzeptes
3. frühzeitige Einbeziehung von Nutzer*innengruppen bei Planungen städtebaulicher Projekte
4. vielfältige Begegnungs-, Bewegungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten auf den städtischen Freiflächen für die unterschiedlichen Nutzer*innengruppen
5. Die sozialen Rahmenbedingungen müssen mit der öffentlichen Infrastruktur in der Stadt verbessert werden, insbesondere im Hinblick auf Schulsozialarbeiter*innen und Streetworker*innen vor Ort.



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses vom 16.06.2022:

**zu 5.5 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur
Durchführung einer Aufklärungskampagne das Fütterungsverbot
freilebender Tiere betreffend
Vorlage: VII/2022/04021**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit einer Aufklärungskampagne die Einwohnerinnen und Einwohner auf das geltende Fütterungsverbot für freilebende Tiere in der Stadt Halle hinzuweisen.

Dazu sind geeignete Mittel zu entwickeln, z.B. Hinweisschilder an exponierten Stellen der Stadt, wo häufig illegale Fütterungen zu beobachten sind.

Uta Rylke
Protokollführerin